



**Kantonsratsbeschluss
betreffend Errichtung eines Epidemie- und Pandemiefonds**

Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission
vom 1. September 2021

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Die erweiterte Staatswirtschaftskommission (Stawiko) hat den Zusatzbericht des Regierungsrates gemäss Vorlage Nr. 3092.4 - 16596 an der Sitzung vom 1. September 2021 beraten. Finanzdirektor Heinz Tännler vertrat die Meinung des Regierungsrats. Wir erstatten Ihnen den wie folgt gegliederten Bericht:

1. Ausgangslage
2. Eintretensdebatte und Detailberatung
3. Schlussabstimmung
4. Antrag

1. Ausgangslage

Mit der Vorlage Nr. 3092.2 - 16310 hatte der Regierungsrat am 5. Mai 2020 im Zusammenhang mit dem Coronavirus COVID-19 die Errichtung eines Epidemie- und Pandemiefonds mit 10 Millionen Franken zulasten der Jahresrechnung 2020 beantragt.

Die Stawiko war nicht damit einverstanden, zulasten der Erfolgsrechnung einen Fonds mit 10 Millionen Franken zu errichten, ohne dass der Regierungsrat konkrete Vorstellungen formuliert, was damit finanziert werden soll.

Die Stawiko anerkannte zwar, dass eine Analyse und Aufarbeitung der Erkenntnisse der Coronapandemie wichtig ist und dass dazu auch die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen. Sie war jedoch der Meinung, dass zuerst der vom Regierungsrat in Aussicht gestellte Rechenschaftsbericht zu den COVID-19-Massnahmen abgewartet und die Erkenntnisse des Bundes berücksichtigt werden sollten.

Auf Antrag der Stawiko hat der Kantonsrat am 25. Juni 2020 beschlossen, diese Vorlage an den Regierungsrat zur Überarbeitung zurückzuweisen. Die Überarbeitung sollte eine Analyse der Erkenntnisse aus der COVID-19-Pandemie enthalten. Ebenso sollten mögliche Massnahmen zur Prävention, zur positiven Beeinflussung und zur Bewältigung von zukünftigen Katastrophen wie Epidemien, Pandemien, Erdbeben, Kernkraftwerkunfälle und andere aufgezeigt werden.

Mit seiner Vorlage zur Änderung des Finanzhaushaltgesetzes hat der Regierungsrat in seinem Bericht Nr. 3255.1 - 16622 erwähnt, dass er auf einen Epidemie- und Pandemiefonds verzichten wolle. Mit dem vom Regierungsrat gewählten Vorgehen war der Präsident der Stawiko nicht einverstanden und verlangte, dass dem Kantonsrat ein separater Bericht vorgelegt werde. Aus diesem Grund hat der Regierungsrat vorliegenden Zusatzbericht verfasst.

Der oben erwähnte Rechenschaftsbericht des Regierungsrats zu COVID-19 ist auch Bestandteil der eingereichten Berichtsmotion des Büros des Kantonsrats betreffend den Umgang des Kantons Zug mit der Bewältigung der COVID-19-Krise (Vorlage Nr. 3124.1 - 16366).

Im Zwischenbericht weist der Regierungsrat darauf hin, dass sich aufgrund der noch immer andauernden Pandemie die Berichterstattung über mehrere Jahre hinziehen werde.

Eine erste kurze Berichterstattung erfolgte im Geschäftsbericht 2020. Die Stawiko wurde informiert, dass ab dem Geschäftsbericht 2021 eine ausführlichere und strukturierte Berichterstattung erfolgen wird. Dabei werden insbesondere getroffene Massnahmen, wichtige Learnings, allfällige Pendenzen sowie massgebliche Aufwandpositionen thematisiert.

2. Eintretensdebatte und Detailberatung

Eintreten auf die Vorlage war in der Stawiko unbestritten und wurde mit 12 Ja- zu 0 Nein-Stimmen ohne Enthaltung beschlossen.

In der Detailberatung wurde erwähnt, dass der Antrag des Regierungsrats auf Seite 2 des Zwischenberichts unklar sei, denn der Regierungsrat wolle ja effektiv auf die Errichtung eines Fonds verzichten und nicht nur auf die Überarbeitung der Vorlage.

- Die Stawiko beantragt mit 12 Ja- zu 0 Nein-Stimmen ohne Enthaltung folgende Formulierung:
«Auf die Überarbeitung der Vorlage Nr. 3092.2 - 16310 und auf die Errichtung eines Epidemie- und Pandemiefonds sei zu verzichten.»

3. Schlussabstimmung

Die Stawiko beschliesst mit 12 Ja- zu 0 Nein-Stimmen ohne Enthaltung, der Vorlage Nr. 3092.4 - 16596 gemäss Antrag der Stawiko in der Detailberatung zuzustimmen.

4. Antrag

Gestützt auf diesen Bericht beantragt Ihnen die Stawiko, auf die Vorlage Nr. 3092.4 - 16596 einzutreten und ihr gemäss Antrag der Stawiko in der Detailberatung zuzustimmen.

Steinhausen, 1. September 2021

Mit vorzüglicher Hochachtung
Im Namen der erweiterten Staatswirtschaftskommission

Der Präsident: Andreas Hausheer